



Medienkonferenz Farbsack-Trennsystem und Containerpflicht: Weiteres Vorgehen  
Montag, 18. März 2024

REFERAT VON GEMEINDERÄTIN MARIEKE KRUIT, DIREKTORIN FÜR TIEFBAU,  
VERKEHR UND STADTGRÜN

*Es gilt das gesprochene Wort*

Sehr geehrte Medienschaffende

Die Entsorgung in Bern funktioniert gut - das höre ich immer wieder. Dieser Eindruck, ist der Verdienst von Christian Jordi und seinen Mitarbeitenden. Dafür ist viel Arbeit notwendig – mehr als den meisten bewusst ist. Damit wir weiterhin einen guten Service Public leisten können – und dies ist unser Ziel – sind Anpassungen aber unabdingbar. Im Alltag können wir die Probleme unseres heutigen Entsorgungssystems selten direkt sehen. Am ehesten bei den Quartiersammelstellen, wenn diese trotz Dauer-Leerungseinsätzen überquillen. Nicht direkt sichtbar sind die gesundheitlichen Belastungen unserer Mitarbeitenden. Die Beladerinnen und Belader hieven tagtäglich Abfallsäcke und Bündel mit Papier und Karton von den Trottoirs hinten in die Kehrriechwagen. Pro Tag sind das bis zu acht Tonnen Last pro Person. Über den Lauf eines Erwerbslebens stellt diese Belastung leider oft eine Überlastung dar. Die Folge sind dann häufig Rückenbeschwerden, die dazu führen, dass diese Personen nicht bis zum Erreichen des Pensionsalters als Beladerin oder Belader arbeiten können. Das Farbsack-Trennsystem und vor allem die damit verbundene Containerpflicht, die wir 2021 den Stimmberechtigten vorgelegt haben, ist kein Luxusprojekt, sondern setzt bei den Problemen des heutigen Entsorgungssystems an.

Dass wir bei der Umsetzung auf andere Probleme gestossen sind, ist bekannt. Darüber haben wir transparent informiert. Zuerst waren es sich abzeichnende Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum durch öffentliche Containerstandplätze. Wir haben dafür Lösungen gesucht, Lösungsansätze gefunden, aber leider sind auch neue Probleme aufgetaucht. Wir mussten feststellen, dass die Annahmen zum Anteil der Containerplatzierungen, die auf privatem Grund möglich sind, deutlich zu optimistisch waren.

Dies unter anderem auch, weil wir auf rechtliche Unsicherheiten zu den Bestimmungen zum Vorgartenland gestossen sind. Im letzten Jahr sind wir alle Liegenschaften im Stadtteil III, in dem das System zuerst hätte eingeführt werden sollen, begangen und haben die Situation überprüft. Wir haben die rechtliche Situation punkto Vorgartenland geklärt. Wir haben klare Kriterien definiert, wann ein Container auf Privatgrund möglich ist. So haben wir ein genaues Gesamtbild erhalten. Der Anteil der Liegenschaften, bei denen Lösungen auf Privatgrund möglich sind, ist tiefer als die ursprüngliche Planung. Unser Fazit lautet darum klar: In der ursprünglich geplanten Form liesse sich das neue Entsorgungssystem definitiv nicht ohne unverhältnismässige Eingriffe umsetzen. Ich bedaure das sehr.

Ohne grundlegende Anpassungen können wir den gordischen Knoten nicht lösen. Wir müssen uns den Vorwurf gefallen lassen, warum wir diese Probleme vor der Abstimmung nicht gesehen haben. Ob man gewisse Aspekte nicht genauer hätte abklären können. Der neuartige Charakter und die Komplexität des Vorhabens sind eine Erklärung. Aber wir, ich, stehe in der Verantwortung. Für die gemachten Fehler bitte ich die Stimmbevölkerung um Entschuldigung.

Jetzt heiss es vorwärts zu schauen und die grundlegenden Anpassungen in Angriff zu nehmen. Die ursprünglichen Probleme unseres heutigen Systems bestehen weiterhin. Darum brauchen wir eine Lösung dafür. Die Lösung muss, das zeigen unsere bisherigen Erfahrungen, flexibler werden und auf lokale Gegebenheiten Rücksicht nehmen können. Bei allen Anpassungen bleiben die Ziele gleich, die wir mit einem neuen Entsorgungssystem verfolgen: Gesundheitsschutz des Entsorgungspersonals, Entlastung der Sammelstellen, zeitgemässeres Bereitstellen des Abfalls.

Wir haben Lösungsansätze, von denen wir uns die benötigte Flexibilität erhoffen. Dazu soll die Einführung der Containerpflicht vom Farbsack-Trennsystem entkoppelt und die Containerpflicht flexibel, sprich: teilweise, ausgestaltet werden. Was das bedeutet, wird Ihnen gleich Christian Jordi erläutern. Ganz wichtig ist: Es sind Lösungsansätze, keine fertigen Lösungen. Bis zu einem neuen System braucht es noch vertiefte Prüfungen hinsichtlich Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit.

Mit dem Geschäft, das nun an den Stadtrat geht, erstatten wir Bericht, dass sich die Umsetzung des Geschäfts um mehr als zwei Jahre verzögert. Längere Verschiebungen muss der Stadtrat beschliessen. Wir zeigen dabei im Detail auf, warum es nicht geht. Und wir skizzieren unsere Lösungsansätze, damit sich das Parlament dazu äussern kann.

Wenn sich die Lösungsansätze als machbar erweisen, und ein angepasstes System zum Fliegen kommt, so werden wir die ursprünglich gesetzten Ziele weniger weit erreichen, als wir uns das ursprünglich vorgenommen haben. Das müssen wir ehrlich sagen. Aber eine umsetzbare 70 Prozent-Lösung ist besser als eine nicht umsetzbare 100 Prozent-Lösung. Davon bin ich überzeugt. Der Gesundheit unserer Beladerinnen und Belader helfen wir mit jedem zusätzlichen Container, nicht erst mit einem perfekten System. Jeder Container bedeutet weniger Heben. Wir verfolgen darum den Ansatz: Jeder Container zählt. Das gilt auch für die Zukunft. Wir wollen das angepasste System so ausgestalten, dass wir es später noch verbessern können, wenn das durch veränderte Umstände möglich wird.